

seiner Bande gebilligte Plan des Zeugen Küter, nach gelungenem Grenzdurchbruch gemeinsam mit Adenauer und Brandt am 17. Juni auf der Hetzkundgebung auf dem Rudolf-Wilde-Platz zu sprechen.

Alle Angeklagten haben sich darauf berufen, daß der Westberliner Verwaltungschef Willi Brandt laufend zu gewaltsamen Grenzdurchbrüchen aufgefordert und die Täter seiner Unterstützung versichert hat. Von den zahlreichen Äußerungen Brandts sei die im „Tagespiegel“ vom 3. Dezember 1961 wiedergegebene, auf dem außerordentlichen Landesparteitag der SPD in Berlin gefallene Bemerkung angeführt:

„Es soll weiter niemand glauben, daß wir die Mauer gleichsam einfrieren lassen, damit sie schließlich nur noch ein Ausflugsziel für Stadtrundfahrten bleibt.“

Der Westberliner Innensenator Albertz versicherte im Westfernsehen den schießfreudigen Duensing-Polizisten nach schweren Grenzverletzungen am 28. Mai 1962:

„Er soll wissen, dieser Beamte, jeder von ihnen soll es wissen, daß wir, die wir politische Verantwortung tragen, voll hinter ihnen stehen.“

Auf der gleichen Linie bewegt sich die Propaganda der Westberliner Presse, des Westrundfunks und des Westfernsehens, in der Morde und Bombenattentate an der Staatsgrenze der DDR als Heldentaten gefeiert werden. Unter diesem Einfluß waren sich der Angeklagte Richter und die Zeugen Küter, Blechschmidt, Flegel und Kargus in ihren Vorbesprechungen zu dem geplanten gewaltsamen Grenzdurchbruch darüber einig, daß die Ermordung von Angehörigen der Grenzpolizei der DDR in Westberlin nicht als Verbrechen verfolgt wird, sondern daß sie vielmehr dort für ihre Taten auf eine hohe Belohnung rechnen könnten. So hat der Prozeß klargestellt, daß die Adenauer, Strauß, Brandt und Albertz die intellektuellen Urheber der Verbrechen sind, die hier zur Aburteilung stehen.

Das Oberste Gericht hat in den Verfahren gegen Adamo u. a.^{1 2} und gegen Vogt u. a.³ die bis zum 13. August 1961 gegenüber der DDR angewandten Methoden der imperialistischen Kreise Westdeutschlands und Westberlins festgestellt. Seitdem haben die Bonner und Westberliner Ultras unter der zentralen Losung „Macht die Mauer transparent“ neue Methoden des Kampfes gegen den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat entwickelt. Sie bedienen sich zur Durchführung ihrer aggressiven Gewaltakte der westdeutschen und Westberliner Regierungsstellen, des Bundesnachrichtendienstes, der Ostbüros der westdeutschen Parteien, der Westberliner Polizei und anderer offizieller Dienststellen. Eine koordinierende Rolle spielt das sogenannte Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, dessen Minister Lemmer rechtswidrig in Westberlin residiert.

Unter den Geheimdiensten, die sich mit der Organisation von Grenzprovokationen beschäftigen, ragt der Bundesnachrichtendienst (BND) hervor. Er wird von dem ehemaligen Spionage- und Diversionsexperten Hitlers, General Reinhard Gehlen, geleitet und ist seit 1956 offizieller Bestandteil des Bonner Staatsapparates. Strukturmäßig gehört er zum Bundeskanzleramt und untersteht damit direkt dem international als Kriegsverbrecher gebrandmarkten Staatssekretär Dr. Hans Globke. In dem Sachverständigengutachten wird die kennzeichnende Tatsache festgestellt, daß der BND im Jahre 1962 im Bundeshaushalt mit 52 497 600 Westmark ausgestattet worden ist, d. h. mit einer um 18,7 % höheren Summe als 1961. Daraus ergibt sich, daß die Bonner Regierung sich nach dem 13. August 1961 entschlossen hat, ihrem Geheimdienst für Provokationen an der Staatsgrenze der DDR umfangreiche Mittel zur Verfügung zu stellen.

1 NJ 1961 S. 550 ff.

2 NJ 1961 S. 593 ff.

Die Untersuchung der Mordtaten an den Unteroffizieren Göring und Huhn und der Sprengstoffanschläge an der Staatsgrenze der DDR hat ergeben, daß die benutzten Waffen und Sprengstoffe aus der westdeutschen Produktion stammen. Der gleiche Sprengstoff wurde bei Terroraktionen in Oberitalien verwandt, wo ebenfalls unter Mitwirkung des BND das politische Ziel einer „beispielgebenden Grenzrevision“ im Sinne der alten großdeutschen Imperialisten verfolgt wird. Durch die westdeutsche Presse sind auch die Verbindungen des BND mit der rechtsextremistischen französischen Terrororganisation OAS bekannt geworden, die mit Massenterror, Sprengstoffanschlägen und ihrer Politik der „verbrannten Erde“ vergeblich versucht hat, die Einstellung des Algerien-Krieges zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist auf einen Artikel der westdeutschen Zeitung „Die Welt“ vom 19. Juni 1962 hinzuweisen, der bezeichnenderweise die Überschrift trägt „Der Terror fängt erst an“. In diesem Artikel heißt es:

„Diese Form der Kriegführung ist jetzt die normale, vielleicht sogar einzig mögliche geworden; und wer dieser Tatsache nicht ins Auge sehen will, ist für unser Zeitalter einfach nicht mehr gerüstet, auch wenn er noch so viele Divisionen aufstellt. Ob Divisionen heute noch benutzbar sind, ist zweifelhaft. Daß Terrororganisationen heute überaus benutzbar sind, ist unzweifelhaft.“

Hier wird die unmittelbare Aufforderung zu Terroraktionen gegen die DDR gegeben, die zwar ebenso aussichtslos sind, wie es die Morde der OAS in Algerien und Frankreich waren, die aber eine große Gefahr für den Frieden darstellen. Vor allem schaffen die bewaffneten Grenzprovokationen und andere Terrorakte eine Situation, die große Gefahren für die Westberliner Bevölkerung auslöst. Gleichzeitig richten sich die Gewaltakte gegen die friedenswilligen und nationalbewußten Deutschen in Westdeutschland und Westberlin, die den Weg zur Verständigung in Verhandlungen zwischen Westdeutschland und der DDR sowie in der Normalisierung der Lage in Westberlin sehen.

Daß in Bonn über derartige verbrecherische Methoden offen gesprochen wird, zeigt folgende Meldung des „Parlamentarisch - Politischen Pressedienstes“ vom 4. Mai 1962:

„Nach den in Bonn vorliegenden Informationen sollen im Rahmen der Terrortätigkeit auch Plastikbombenangriffe auf die Berliner Mauer sowie auf kommunistische Parteibüros und Denkmäler jenseits des eisernen Vorhangs geplant sein.“

Da diese verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Pläne keinerlei Maßnahmen gegen ihre in Westdeutschland sitzenden Urheber zur Folge haben, werden diese Pläne offensichtlich von der Bonner Regierung gebilligt.

Ein Beispiel bewaffneter Angriffe auf die Staatsgrenze der DDR von Westberlin aus stellen die Provokationen vom 9. Dezember 1961 dar. Am Nachmittag dieses Tages überschritten im Raum Seeburg, Kreis Potsdam, vier Westberliner die Staatsgrenze der DDR und begannen, Grenzsicherungsanlagen zu zerstören. Als sie dabei von den Grenzsicherungskräften gestellt wurden, beschossen sie die Grenzpolizisten. Zwei der Provokateure konnten festgenommen und dabei eine Pistole sichergestellt werden. Einer der Verhafteten sagte aus, daß sie Grenzposten der DDR überfallen, entwaffnen und nach Westberlin verschleppen wollten. Am gleichen Tage drangen im Raum Staaken vier Personen von Westberlin aus in die Grenzsicherungsanlagen der DDR ein und beschossen die Grenzpolizei, wobei sie einen Offizier schwer verletzten. Einer der Grenzverletzter war mit einer Pistole, 30 Schuß Munition und einer Bombe ausgerüstet. Von diesen in der Westberliner Presse als Heldentaten geschilderten Verbrechen führt eine gerade Linie zu der Ermordung des Unteroffiziers Huhn am 18. Juni 1962, über die der